

/// Der Untergang des Abendlandes?

BREXIT – EINE NOCH OFFENE FRAGE

PETER BILD /// 1918 erschien der erste Band von Oswald Spenglers Hauptwerk „Der Untergang des Abendlandes“. Hatte der Autor ein Jahrhundert zuvor mit seinen Aussagen etwa schon richtig gelegen? Die britische Volksentscheidung, die Europäische Union zu verlassen, und die Wahl von Donald Trump erwecken diesen Eindruck. Werden Historiker künftig 2016 als das Jahr des Untergangs des Abendlandes sehen oder – wie Spengler wirklich meinte – als ein Jahr, das einen schon längst begonnenen Untergang bestätigte?

Echt jetzt?

Weder die eine noch die andere Entwicklung wurde von den etablierten Meinungsforschern vorausgesagt. Nicht das Abendland, sondern die Meinungsforschung als ernst zu nehmende Wissenschaft ist daher zu betrauern. Die politischen Turbulenzen im noch United Kingdom, übertrumpft – over-Trumped – jenseits des Atlantiks, verwandeln politische Prognosen und Vorhersagen zu Gesellschaftsentwicklungen derzeit in Hellseherei. Nur auf William Shakespeare ist eben immer Verlass:

Wenn ihr durchschauen könnt
die Saat der Zeit
Und sagen: dies Korn sprosst
und jenes nicht
So sprecht zu mir [...]

so die Aufforderung von Macbeths engstem Freund an die Hexen, die ihn

mit rätselhaften Prophezeiungen zu seiner Zukunft verwirrt haben. Hätte Macbeth die drei als Berater beauftragt, hätten sie ihm weniger rätselhaft, aber falsch eine glorreiche Zukunft prophezeit. Ich vermute, die Hexen hätten das Sprossen der „Brexit-Saat“ genauso wenig vorausgesagt wie die heutigen Meinungsforscher.

In weniger als zwei Jahren wird entschieden, ob und zu welchen Bedingungen Großbritannien die EU verlässt. Wer darüber entscheidet – die Regierung, das Parlament, der britische Bürger – ist die

Die **MEINUNGSFORSCHUNG** lag beim **Brexit** völlig daneben.

M



W

... May-be or May-be-not. Welche Karte spielt Theresa May als nächste aus?

große Frage, mit der sich die britische Politik in diesen Wochen nun befasst.

Am späten Abend des 23. Juni 2016 gehen die Briten noch in die 50.000 Wahllokale, die für das EU-Referendum 15 Stunden und damit länger als die meisten Supermärkte geöffnet haben. Um 22.00 Uhr ist dann Schluss. Bis dahin haben sich 33.5 Millionen oder 72 % der Wahlberechtigten die Mühe gemacht, ein Wahllokal aufzusuchen. In Schulen, Kirchen und anderen öffentlichen Gebäuden, so wie in einigen ländlichen Bezirken in Privathäusern, Wohnwagen und sogar Kneipen, wird den Wählern ein sehr einfaches Formular ausgehändigt. Ein Stift, mit dem man sein Häkchen in einem der beiden Kästchen macht, ist vorhanden. Dann wirft man den Zettel in eine Wahlurne. Keine 30 Sekunden braucht man für das Verfahren, das die politische Zukunft von 65 Millionen Briten und insgesamt 500 Millionen EU-Bürgern bestimmen wird.

eine Mehrheit für „Remain“, die aber mit 51 % viel knapper ausfällt, als für die nordöstliche Stadt vorausgesagt wurde. Bald darauf wird der Ausgang im naheliegenden Sunderland, wie Newcastle eine ehemalige Industrie- und Werftstadt im Nordosten von England, bekannt gegeben. Hier haben über 60 % für den Brexit gestimmt.

In New York, Sydney und Singapur sitzen derweilen die Devisenhändler vor den Bildschirmen. Trotz der späten Uhrzeit brennen die Lichter auch noch in London, Frankfurt und Paris – für den Fall des Falles. Der tritt erstmals mit Newcastle ein und das Pfund rutscht in wenigen Sekunden um 3 % ab. Mit dem Ergebnis von Sunderland wird klar: Das Unerwartete ist da. Die Händler verkaufen Pfund gegen Euro und Euro gegen Dollar. Um etwa 10 % wird die britische Währung im Laufe des Vormittags nach Schätzungen politisch neutraler Devisenmärkte fallen.

Bereits nach Mitternacht zeichnet sich der EU-Austritt ab.

Um 22.00 Uhr sitze ich mit meiner Frau vor dem Fernseher. Es gibt keine Wählerbefragung und somit auch keine Prognosen. Von der Regierungsseite wird betont: Ganz gleich wie das Kopf-an-Kopf-Rennen ausgehen wird – David Cameron bleibt im Amt. An Rücktritt denke er nicht. Um kurz nach Mitternacht wird das Ergebnis von Newcastle-upon-Tyne bekannt gegeben. Es zeigt

Diese beklopten „Brexitiere“

Um zwanzig nach Acht morgens tritt David Cameron mit seiner Frau aus der Downing Street 10 vor die laufenden Fernsehkameras und kündigt live seinen Rücktritt an. Jeder britische Politiker kennt den Spruch „A week is a long time in politics.“ So orakelte einst Premierminister Harold Wilson, um zu verschleiern, dass er nicht wusste, wie die damalige Währungskrise und der internationale Druck auf den Sterling zu bewältigen seien. Und auch für seinen Nachfolger David Cameron war diese eine Nacht „a long time“.

Als „Beklopte, Spinner und verkappte Rassisten“ bezeichnete Cameron einst den UKIP-Gründer Nigel Farage und seine Anhänger. Aber sie sind nun mal die klaren Sieger des EU-Referen-

SKURILLE Typen in der Politik nehmen zu und gewinnen ernst zu nehmenden Einfluss.

dums. Aus Berührungsängsten hatten die Politiker der großen Parteien, die für den EU-Austritt warben, Farage von der „Vote Leave“-Aktion ausgeschlossen. Zusätzlich zu dieser offiziell anerkannten Aktion mit ihrer in Bayern geborenen Vorsitzenden Gisela Stewart, kämpften für den Austritt noch die Bewegungen „Leave.EU“, „Grass roots Out“ (Go) und „Better Off Out“. Die Aufsplitterung der Brexiteers – nachfolgend „Brexitiere“ genannt – scheint sie eher gestärkt als geschwächt zu haben.

Über Jahre wurde UKIP-Chef Nigel Farage mal als wilder „Brexitier“, mal als unseriöser Clown abgeschrieben. 2016 hat sich die Vermutung, dass Politik als Zirkus zu verstehen ist, in der die Clowns eine ernst zu nehmende Hauptrolle spielen und den Ton bestimmen, nicht nur im Vereinigten Königreich verstärkt. Man denke nur an Beppe Grillo in Italien oder an Farages neuesten Freund, Donald Trump, der selber seine Präsidentschaftskampagne als „Brexit plus plus plus!“ bezeichnete und seinen Intimus Nigel höchstpersönlich zu seiner Amtseinführungsfeier einlud. Politik 2016: das Jahr der Clowns? Das Unwort des Jahres: post-truth, auf deutsch postfaktisch.

Wie war das nur möglich?

Als sozialliberaler Konservativer war Cameron für die Erzkonservativen seiner europamistrauischen Parteibasis

eine verdächtige Figur. Die Koalition, die er nach einer zweiten nicht gewonnenen Wahl mit den europaenthusiastischen Liberal Democrats eingehen musste, hatte ihn bei seiner ständig lauter werdenden Basis nicht beliebter gemacht. Aus Angst vor parteiinternen Abspaltungen und in der Erwartung, den Brexit-Flügel seiner Partei durch einen Sieg im Referendum mundtot machen zu können, vereinbarte David Cameron einige kleine Ausnahmeregelungen mit EU-Partnern, die gelten sollten, solange sich das Land für „Remain“ entscheide. Der selbstsichere Cameron hatte sich nicht zum ersten Mal politisch verschätzt und geriet in Konflikt mit dem Gesetz der unbeabsichtigten Folgen, mit denen nun seine Nachfolgerin fertig werden muss.

Wenige Wochen bevor sie das höchste Amt übernahm, hatte Theresa May als Innenministerin im Kabinett Cameron mit diesem und seinem Finanzminister George Osborne noch vor den grausamen Gefahren eines Brexit gewarnt. „Unsinn“ erwiderten redselige „Brexitiere“ wie der jetzige Außenminister Boris Johnson. Es käme gar nicht so weit. Sie hinterließen erfolgreich den Eindruck, die EU-27 würden die Briten, auch wenn sie das Abo für den EU-Club kündigten, weiter als Gäste einladen und einen kostenlosen Zugang zum wichtigen Binnenmarkt gewähren. Autohersteller wie z. B. BMW würden ihre Behörden schon davon abhalten, sich ins eigene Fleisch zu schneiden. Voller Überzeugung wurde behauptet: „Die auf dem Kontinent brauchen uns mehr als wir sie.“

Ein Schreckgespenst namens Brüssel

Über die Einzelheiten und Folgen eines Brexit war die britische Öffentlichkeit

am Tag des Volksentscheids nicht aufklärer als Frau May in den Wochen danach. Die clever geführte Vote Leave-Aktion hatte es vermocht, mit Sprüchen wie „Let’s take back control“ den Eindruck zu erwecken, das Land könne, indem es die EU verlasse, endlich die „Migrationsflut“ eindämmen und die Kontrolle über seine Grenzen zurückgewin-

Nettosummen, ergibt sich ein Betrag von 150 bis 200 Mill. Pfund, den man auch nicht hätte zweckbinden können. Nicht erwähnt wurden die, allerdings schwer quantifizierbaren Vorteile eines freien Zugangs zum enormen EU-Binnenmarkt, dessen Regeln man als Mitglied auch mitbestimmt. Wenn es keine Lügen der „Brexitiers“ waren, dann zumindest falsche Angaben oder Unter- und Auslassungen.

Die Briten wurden mit den Kampagnen der Austrittsbefürworter GETÄUSCHT.

nen, damit der Brite wieder Herr im eigenen Hause sei. Und man müsse sich vor den Brüsseler Eurokraten retten. Das britische Parlament solle britische Gesetze für britische Bürger machen und britische Gerichte in der Justiz anstatt des europäischen Gerichtshofs das Sagen haben. Nicht erwähnt wurde: Von den „zu vielen Ausländern“, wie manche es empfinden, wandert weniger als die Hälfte aus der EU ein. Und, wenn es zu viele waren, hätten Herr Cameron und seine Innenministerin Frau May schon seit längerem eine wirksamere Kontrolle über die Grenzen ausüben können.

Viele aber glaubten die an Lügen grenzenden Slogans, die den Leave-Kampagnenbus zierten und auch täglich im Fernsehen zu sehen waren: 350 Mill. Pfund pro Woche an Zahlungen nach Brüssel könne sich das Land ersparen und für den überforderten staatlichen Gesundheitsdienst (NHS) ausgeben. Betrachten wir hingegen die realen

It’s NOT the economy, stupid!

Auch wenn viel mit Zahlen jongliert wurde, ging es nicht ums Geld und auch nicht um die Wirtschaft. In Sunderland, einer heruntergekommenen ehemaligen Werft- und Industriestadt, ist eine Fabrik von Nissan, die als eine der modernsten und produktivsten der Welt gilt, der große Arbeitgeber. Sie beliefert von Sunderland aus den ganzen europäischen Binnenmarkt. Gleichzeitig leidet die Stadt unter hoher Arbeitslosigkeit und einem hohen Maß an sozialem Elend. Vor dem Volksentscheid warnte die Firma, sie fürchte bei einem Brexit um ihren freien Zugang zum Binnenmarkt und müsse bei einem EU-Ausstieg ihre Investitionspolitik überdenken. Trotzdem stimmte die Stadt mit großer Mehrheit für den Ausstieg. Das Gefühl, in einer Welt zu leben, in der man nicht mehr mitspielt und nicht beachtet wird, führt zu Trotzreaktionen. „Brexit bedeutet Brexit“, so die süffisante Antwort von Premierministerin Theresa May auf die Frage, was sie darunter verstehe. Es hörte sich gut an, bedeutete aber wenig und diente, ähnlich wie bei Harold Wilson vor 50 Jahren, nur zur Ablenkung von derselben Wirklichkeit: Sie weiß nicht, was soll es bedeuten ... Jede Aussage von Kabinettsmitgliedern bezüglich eines harten Brexit übte weiteren Druck auf das Pfund aus.

„May-be“

Einmal in ihrem Amt als Premierministerin, versuchte Frau May zu vermitteln, sie könne einen Sonderstatus für das Vereinigte Königreich aushandeln. Das Land bleibe ein virtuelles Mitglied der EU mit Zugang zum Binnenmarkt für seine Güter und Dienstleistungen, werde weiter als Europas Finanzzentrum fungieren und dabei die Einwanderungsrechte von EU-Bürgern einschränken. Britannien wollte nicht nur gleichzeitig auf zwei Hochzeiten tanzen, sondern dabei auch noch einen Scheidungsantrag einreichen – wahrhaftig ein Kunststück. „Britannia rules the waves“ versteht man. Aber „Britannia waives the rules“ – England missachtet die Vorschriften?

Der Ton blieb arrogant. Erst im Januar 2017 gab Theresa May in einer Rede vor EU-Botschaftern zu: Bei einer Kontrolle über die Landesgrenzen sei der Zugang zum Binnenmarkt und zur Zollunion ausgeschlossen. Das bedeutet eine Abkehr von der Vorstellung, die EU würde in puncto Freizügigkeit für EU-Bürger nachgeben. Bejubelt in der europafeindlichen Presse – „Theresa zeigt Europa Stärke!“ – erteilte sie eine Warnung an die 27: Führten Verhandlungen zu keinem zufriedenstellenden Ergebnis, sei „no deal better than a bad deal“. Man erwäge dann, die weltsechste, vor dem Volksentscheid noch weltfünfte,

Volkswirtschaft mit seinen 65 Mill. Einwohnern in eine wettbewerbsstarke Offshore-Steuerose umzuwandeln.

Das Parlament

Der EU-Austritt sollte neben der Einschränkung der Zuwanderung auch die Hoheitsgewalt des britischen Parlaments sichern. Aber erst ein Urteil des Obersten Gerichtshofs Mitte Januar 2017 hielt die Regierung davon ab, den Artikel 50 am eigenen Parlament vorbei zu verkünden. Für Frau May eine kleine Rüge, aber keine Niederlage. Eher eine beabsichtigte Stimmungsmache zu Gunsten der „Brexitiere“ und gegen die Richter, die die sehr einflussreiche Daily Mail als Feinde des Volkes bezeichnet hatte. Zwei Tage später brachte die Regierung einen Gesetzentwurf ein, der laut Brexit-Minister David Davis nach nur fünf Tagen Aussprache im Unterhaus verabschiedet werden sollte. Der Entwurf lautet: „Die Premierministerin darf die Absicht des Vereinigten Königreichs zum Austritt aus der EU, gemäß Artikel 50 des Vertrags über die Europäische Union bekannt geben.“ Text und Zeitplan waren bewusst knapp gehalten und sollten weder Stoff noch Zeit für Änderungsanträge oder eine sorgfältige Aussprache bieten. Der Wortlaut, aber nicht der Geist des Gerichtsurteils wurde respektiert, um die von der Premierministerin bestimmte Frist bis Ende März einhalten zu können. Im allerletzten Moment versprach May auf Drängen von Abgeordneten doch noch ein Weißbuch zu ihren Verhandlungszielen zu veröffentlichen, damit die Exekutive daran gemessen werden könne. Das „White Paper“ wurde veröffentlicht und den Abgeordneten erst nach Verabschiedung des Artikel-50-Gesetzes zugänglich gemacht. Den taktischen Sieg sehen viele Abgeordnete

Premierministerin MAY vermittelt England den Brexit als Scheidung ohne Trennung.

– auch einige, die schweren Herzes mit „Ja“ zum Gesetzentwurf stimmten – als eine Verschmähung des Unterhauses, die im Laufe des Ausstiegsverfahrens zu einem echten parlamentarischen Widerstand führen könnte.

Das Parlament stimmt dem Austritt trotz vorhandener ZWEIFEL aus Respekt vor dem Volkswillen zu.

Mit Ausnahme bei der mit nur einem Sitz vertretenen UKIP stand der Brexit 2015 in keinem Parteiprogramm. In allen anderen Fraktionen sind die EU-Remainer in der überwiegenden Mehrzahl. Noch scheuten sie sich aber, mit wenigen Ausnahmen, das Verfahren zu blockieren, selbst diejenigen, die den Brexit für einen historischen Fehler hielten. Dies geschehe aus „Respekt vor der Volkstimme“. Sehr demokratisch. Eine große Rolle spielt auch die Furcht davor, in vielen Wahlkreisen bei der nächsten Wahl von der UKIP abgelöst oder vom Wahlkreiskomitee der Partei als Kandidat abgesägt zu werden.

Am 13. März 2017 verabschiedeten beide Häuser des Parlaments, Commons und Lords, endgültig den Artikel 50, nachdem zwei Änderungsanträge, die erstens EU-Bürgern ein automatisches Aufenthaltsrecht im United Kingdom und zweitens dem Parlament ein echtes und aussagekräftiges Abstimmungsrecht über das Ergebnis der bevorstehenden Verhandlungen garantieren sollten, im zweiten Anlauf niederge-

stimmt worden waren. Bis zum 31. März oder 281 Tage nach der Liebes- und Klagenacht des Referendums – genau der Zeitraum einer normalen Schwangerschaft – sollte die Geburt des Brexitkinde verkündet werden, aber erst nach einem turbulenten Keimungsprozess und heftigen Wehen. Mal sehen, ob es ein gesundes Kind wird oder, wie viele befürchten, ein Monstrum, ein Ungeheuer, das zwei Jahre lang horrenden Schaden anrichten und sich dann als nicht lebensfähig erweisen wird.

Und nun?

Soweit die Vorgeschichte und die Lage im März 2017.

Das Mehrheitswahlsystem sorgt für ein fast statisches parteipolitisches Duopol. Kleinere Parteien werden dadurch stark diskriminiert und sind so in Westminster kaum mehr vertreten. Seit die Labour Party vor nicht ganz 100 Jahren die Liberalen im Unterhaus ersetzte, hat sich bis vor Kurzem fast nichts geändert. Das System verzerrt und erzeugt absolute Mehrheiten im Parlament für die eine oder andere Partei, so z. B. 2015 für die Konservativen mit nicht ganz 37% der abgegebenen Stimmen. Zum ersten Mal seit Ende des Zweiten Weltkriegs wurde 2010 eine Koalition unvermeidlich, auch wenn sie nur fünf Jahre dauerte.

Was meinen die Schotten?

Die Scottish National Party (SNP), die für die Unabhängigkeit Schottlands wirbt, destabilisiert das Duopol und könnte, wenn sie es konsequent und erfolgreich durchzieht, das Vereinigte Königreich damit ins Schwanken bringen. Obwohl eine Volksabstimmung zur Unabhängigkeit 2014 mit 55 % für den Verbleib im United Kingdom ausgegangen war, gewann die linksorientierte Partei

2015 bei den Parlamentswahlen über 50 % der Stimmen und 56 von 59 Wahlkreisen im ehemaligen Labour-Kernland. In der Arithmetik des laufenden Parlaments spielen ihre Abgeordneten die Oppositionsrolle mit, die früher in England, Wales und Schottland fast alleine die Labour Abgeordneten spielten, aber mit einem großen Unterschied: Das Brexit-Votum hemmt Labour, in England als Opposition zu wirken. Es stärkt die SNP. Nun droht sie, nach einem harten Brexit ein zweites Mal über die Unabhängigkeit abzustimmen, mit der Begründung, die Schotten würden gegen ihren Willen gezwungen – 62 % waren für Remain –, ihre EU-Bürgerschaft aufzugeben. Der Vertrag zur Vereinigung der englischen und schottischen Königreiche, der Act of Union, sollte verhindern, die alte katholische Allianz mit Frankreich (Auld Alliance) gegen ein protestantisches England wieder aufleben zu lassen. Ein Auflösen des seit 300 Jahren Vereinigten Königsreiches als Nachwirkung eines vorwiegend in England gewollten Brexit ist nicht wegzudenken und kann auch vom Ton und Ausgang der bevorstehenden Brexitverhandlungen abhängen.

Harte Partie im Unterhaus

Die britische Politik wird durch eine extreme Parteinahme – einen Tribalismus – geprägt. Die vorwiegend privatfinanzier-

ten Parteien verstehen sich als Clans und benehmen sich dementsprechend. Man denke nur an die taktische Rangelerei vor der Verkündung des Artikel 50. Themen wurden hier weniger nach Inhalt behandelt als nach der Gelegenheit, es einem feindseligen Clan heimzuzahlen.

Viele Zeitungen berichten über die Politik wie über den Sport. Beobachter des britischen Fußballs würden das dortige tägliche Geschäft im Unterhaus wiedererkennen und mit manchem Lokalderby vergleichen können. Vorne, auf den gegenüberliegenden Bänken, sitzen der Premierminister und die Oppositionsführer, flankiert jeweils von den Kabinettsmitgliedern und ihren Schatten. Angefeuert von ihren entsprechend den Sicherheitsvorschriften getrennten Anhängern beäugen sich die Mannschaftskapitäne und die Stürmerstars der beiden Seiten und versuchen, gegenseitig verbale Tore zu schießen. Jeder gelungene Schuss wird mit lautem Spott der Gegenseite gefeiert. Durch geschickte Vorlagen aus den Rängen, die vom Mannschaftskapitän politisch verwandelt werden, träumen ambitionierte Fans davon, nach vorne in die Mannschaft gerufen zu werden. Der Schlagabtausch erreicht seinen wöchentlichen Höhepunkt bei den „Prime Minister’s Questions“, bekannt dafür, dass ernsthafte Fragen weder gestellt noch beantwortet werden. Premierminister und Oppositionsführer versuchen, einander rhetorisch auszutricksen, um persönliche und parteipolitische Punkte zu sammeln. Das ist eine feurige halbe Stunde, welche die Gemüter erhitzt, aber wenig Licht in die Sache bringt. Gelegentlich muss sogar der Sprecher als Schiedsrichter eingreifen, um einen Hooligan vom Platz oder von den Rängen zu verweisen.

Der Brexit könnte noch die **AUFLÖSUNG** des Vereinigten Königreichs nach sich ziehen.

Europa und ich

Seit 30 Jahren leiden die Conservatives unter dem Gerangel zwischen der pro-europäischen Mehrheit und einer verbohrtten Minderheit von Euroskeptikern. Drei Mitglieder von John Majors Kabinett verweigerten ihm eine Mehrheit zur Verabschiedung des Maastrichter Abkommens. „The bastards“, so nannte sie Premierminister Major, weil sie ihm das Leben so schwer machten. Der nächste mögliche Aufstand bei den Tories wäre in zwei Jahren von den Remainern gegen die „Brexitiere“ zu erwarten, wenn es darum geht, das Ergebnis der Verhandlungen zu beurteilen.

Nun ist auch Labour, der zweite Teil des traditionellen Duopols, dran. Widersprüche und brutale Realitäten drohen die grundsätzlich EU-freundliche Labour Partei und deren Fraktion auseinanderzureißen. Es ist nicht vorauszusehen, wie und ob sie damit fertig werden. Fast täglich entstehen Konflikte zwischen den mehrheitlich sozialdemokratisch-orientierten Abgeordneten und den linken Parteiaktivisten. Letztere wählten 2015 und erneut 2016 den linkssozialistischen Jeremy Corbyn zum Partei- und Fraktionschef. Für viele in der Fraktion ist das ein parteiinterner Putsch, der die Partei unwählbar macht. Zum Thema Brexit geraten auch Labour Abgeordnete individuell in große Gewissenskonflikte. Einerseits betrachten

sie den Ausstieg als riesigen Fehler, andererseits wollen sie das demokratische Votum des Volksentscheids respektieren. Trotz strikter Anweisung von Fraktionschef Corbyn widersetzen sich bei der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs 47 von 220 Labour Parlamentariern dem Fraktionszwang. Manche konnten die Entscheidung damit begründen, dass sie die demokratischen Wünsche der Wähler im eigenen Wahlkreis respektieren würden. Anweisungen von Jeremy Corbyn wirken auch wenig glaubwürdig. Er ist weniger für seine Führungsqualitäten bekannt als dafür, dass er als Hinterbänkler in 30 Jahren bei 500 Abstimmungen lieber sein Gewissen als den Fraktionszwang beachtete. Zurzeit ist Labour als Regierungspartei schwer vorstellbar, denn sie ist unfähig, ihrer Rolle als parlamentarische Opposition nachzukommen.

Europa und die Gesellschaft

Ein harter Brexit wäre mit der deutschen Wende zu vergleichen, nur die Richtung ist eine andere. Willy Brandt hätte kommentiert: „Es wächst auseinander, was zusammen gehört.“ Die EU-Frage hat die Politik und ihre Strukturen in Bewegung gebracht. Das alte Gefälle Links-Rechts/Labour-Conservative entspricht weder aktuellen Gesellschaftsstrukturen noch der allwichtigsten Trennlinie, nämlich parteienübergreifend pro oder contra den Brexit. Dies könnte den Weg in eine neue parlamentarische Zukunft weisen. Landesweit werden EU-freundliche Bürger – das sind immerhin 48 % aller Wähler – durch die winzige Liberal Democrat Fraktion vertreten, im absurden Westminster-Theater mit läppischen 9 von 650 Sitzen. Wie die Natur verabscheut die Politik jegliches Vakuum. Bei einem repräsentativeren Wahlsystem

**Innerparteilich herrschen KONFLIKTE
bezüglich Europa.**

würde eine zentralistische EU-Fraktion, vielleicht die größte im Unterhaus, dieses Vakuum füllen. Das würde einen Machtverlust für Labour und Conservative und ein Zerbröckeln des herkömmlichen Tribalismus bedeuten.

Der Brexit SPALTE die englische Gesellschaft.

Dass der Brexit die Gesellschaft spaltet, sagt wenig aus. Dies tut die Politik. Der Brexit hat eine völlig andere Qualität. Die enttäuschte Hälfte der Bevölkerung kann sich nach jeder Wahl wie beim Fußball so trösten: Nach dem Spiel ist vor dem Spiel, nach der Wahl ist vor der Wahl. Beim Brexit – Ja oder Nein – fehlt dieser Trost. Ein Mal könnte das Verfahren eventuell wiederholt werden, aber nicht alle vier oder fünf Jahre. Es stört wenig, wenn ein Nachbar seine Stimme für eine andere Partei abgegeben hat. Aber wie bleibt man mit einem noch so netten Nachbarn befreundet, der eventuell zur EU-Ausbürgerung beigetragen hat? Das Thema erzeugt in der britischen Gesellschaft seltsame Leidenschaften. Der Groll der Remainers wird viele Jahre anhalten, ganz gleich wie die bisher unbekanntes Nachwirkungen aussehen mögen. Der Groll der „Brexitiere“, falls der Austritt nicht stattfinden sollte, wäre kaum zu beschreiben. Die britische Gesellschaft erleidet tiefe Wunden, die auch in 10 oder 20 Jahren noch schmerzhaft sein werden.

Nichts wird so heiß gegessen, wie es gekocht wird

Der englischen Sprache fehlt zwar dieser schöne deutsche Spruch, aber auch auf der Insel wird politisch nicht immer so heiß gegessen, wie gekocht wird. Ein warmes English Breakfast oder ein harter, schwerverdaulicher English Brexit? Was schmeckt den Briten besser, wenn sie ein zweites Mal von der politischen Speisekarte wählen dürften? Ein Unterschied: Beim zweiten Ma(h)l müssten die politischen Inhaltstoffe und ökonomischen Zutaten des angebotenen Brexit-Gerichts in allen Einzelheiten aufgeschrieben werden. Herunterschlucken oder ausspucken? Statt Brexit ein gekochtes Breakfast, aber bitte mit englischen Sausages, die fast mehr Brot als Fleisch beinhalten. Ein Weißwurstfrühstück stünde aber nicht zur Wahl.

Noch genießt die Regierung eine Schonfrist. Noch wird nicht verhandelt. Noch sind keine internationalen Firmen wegen des Brexit abgewandert. Bis Ende 2018 könnten die Atmosphäre und Rahmenbedingungen aber anders aussehen. Bis dahin dürften die vielleicht sehr mageren Inhalte eines ausgehandelten Brexit-Abkommens bekannt sein. Und wenn sie zu mager sind? Politiker der May-Regierung spielen Überlegungen, man könne binnen zwei Jahre den angekündigten Austritt rückgängig machen, herunter. Remainer, die das erhoffen, werden als „Remoaner“ (Nörgler) oder als „Remaniacs“ (Irre) belächelt und als elitäre Vertreter einer metro- und kosmopolitischen Gruppe beschimpft, die sich mit dem Wunsch des Volkes, die EU zu verlassen, nicht abfinden wollen oder können.

Ich wiederhole: Noch wissen wir nicht, wer die Wahl treffen wird. Mit einem kaum informierten Volk hat das



Brexit: Alles „nur“ geträumt oder passiert das wirklich?

Ganze begonnen. Mit einem besser informierten Volk sollte es abgeschlossen werden.

The future's not ours to see

Auch zwei Jahre sind „a long time in politics“. Aber angenommen, der Brexit wird Wirklichkeit: In welchem Fach ist der Experte zu finden, der Fragen zu seinen Auswirkungen beantworten kann? Für die Gesellschaft sind Soziologen zuständig, für die Politik Politologen und für die Wirtschaft Wirtschaftler. Der Brexit ist mit so vielen bekannten und unbekanntem Unbekanntem belastet – die „unknown unknowns“ von Donald Rumsfeld –, so dass sich die Wissenschaftler dem Thema nur in endlosen Thesen und noch längeren Antithesen

zuwenden. Was aber fehlt, ist eine knappe Synthese.

Ich würde dazu gerne einen Wirtschaftler befragen, aber ein Freund erzählte mir, warum der US-Präsident Harry Truman sich einst nach einem einarmigen Volkswirt sehnte. Er bekam von seinen Wirtschaftsberatern nie eindeutige Antworten auf seine Fragen: „On the one hand ... and on the other hand ...“ Damals gab es von fünf Weisen zehn Szenarien, heute fünfzehn. Denn in der Zwischenzeit hat der Homo Economicus im Zuge der Evolution eine dritte Hand erworben, die dem Wirtschafts(un)wissenschaftler nun als Rückendeckung dient!

Gelehrte gleich welchen Fachs, seien sie mit akademischen Titeln noch so be-

laden, sehen nicht heller als Shakespeares Hexen. Sie fragen berechtigterweise: Wie findet der Brexit statt: einvernehmlich oder nach einem langem streitigen Scheidungsverfahren, mit oder ohne Vereinbarungen zu Zahlungsverpflichtungen und zu dem künftigen Verhältnis der ehemaligen Partner? Eines steht jedoch fest: Sie werden auch nach der Trennung lebenslänglich Nachbarn bleiben, die sich beim Einkaufen häufig begegnen.

nEUrotischer Albtraum

Ein weiterer Kollege empfiehlt mir nach einem beunruhigenden Traum einen Psychiater. Der Traum geht so: eine Kreuzfahrt – die soll aus alten Feinden Freunde machen. Das Gewässer wird stürmisch und das Schiff schaukelt von Seite zu Seite. Die Schiffskapelle aber musiziert weiter. Einige Passagiere werden leicht seekrank und fragen: „Ist das Schiff denn auch seetüchtig? Wurde es solide gebaut? Wie fähig ist die vielsprachige Besatzung in einer Krise?“ Kritiker äußern ihre Zweifel an dem fröhlichen Kapitän. Dieser lässt nämlich die Deckstühle neu aufstellen und leichte Stresstests durchführen. Die Schiffskapelle spielt derweilen Beethovens Neunte. Passagiere rangeln sich um Kabinen. Ein Herr Farrago – der Name bedeutet Durcheinander – schimpft lauthals, seine Landsleute würden für ihre Außenkabinen zu viel bezahlen. Er verlangt eine Rückerstattung und warnt auch vor einem unbenannten und versunkenen Felsen im Ärmelkanal. Das Schiffskommando solle das Ruder um 180 Grad herumreißen, damit er von Bord gehen könne. Aber der Schiffschor singt gerade die „Ode an die Freude“. Und so werden auch die Kratzgeräusche unter dem Schiffsboden überhört.

Der Brexit **MUSS** geregelt werden.

Der Chor singt: „O Freunde nicht diese Töne ...“.

Aus dem Schiffstagebuch vom 24. Juni 2016: „Strandung auf einem unbenannten Felsen. Die Schäden sind zu begutachten Das große Schiff Europa kommt langsam vom Felsen – inzwischen Brexit genannt – weg. Wasser strömt durch das Leck im Schiffsboden ein. Selbstgerechte ‚Brexitiere‘ sehen sich bestätigt: Wir wollten schon länger das Schiff verlassen. „Brexiratten“ wollen sich durch den kleinen Riss retten und nagen an ihm, bis sie durchschlüpfen können. Die meisten ertrinken im Sog des nun sinkenden Wracks. Passagiere und Besatzung steigen in die von Banken gesponserten Rettungsboote. Den Ratten wird der Zugang verwehrt. Die Boote liegen immer tiefer im Wasser. Wellen spülen über die Seiten rein ...“

Ich werde wach. Albtraum oder Wirklichkeit? Auch der Psychiater weiß es nicht. ///



/// PETER BILD

war langjähriger Korrespondent britischer Zeitungen und lebt jetzt in London.